

Cryan krepelt Deutsche Bank um

Neuer Co-Chef verleiht dem Management eine andere Struktur

FRANKFURT (dpa). Mit einem grundlegenden Konzernumbau will der neue Co-Chef John Cryan die Deutsche Bank wieder auf Kurs bringen. Die Sparten werden neu zugeschnitten, die Führungsgremien neu geordnet, wie das größte deutsche Finanzinstitut am Sonntag nach einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung mitteilte. Im Mittelpunkt des Umbaus steht das Investmentbanking, das völlig neu geordnet wird. In der Führungsetage kommt es zu Personalrochaden, drei Manager scheiden aus dem Vorstand aus.

„Wir wollen eine besser kontrollierte, kosteneffizientere und stärker fokussierte Bank schaffen“, sagte Cryan. „Die neue Struktur und das neue Managementteam sind von entscheidender Bedeutung, um dies zu erreichen.“ Aufsichtsratschef Paul Achleitner sagte, eine derartig grundlegende Reorganisation habe es selten zuvor in der Geschichte der Deutschen Bank gegeben. „Das geht nicht ohne Härten einher.“

Der seit Juli amtierende neue Co-Chef Cryan hatte einen Umbau bereits angekündigt. Der ehemalige UBS-Finanzchef hatte zum 1. Juli Anshu Jain an der Führungsspitze der Bank abgelöst. Der zweite Co-Chef, Jürgen Fitschen, bleibt noch bis zur Hauptversammlung im Mai 2016 im Amt, ehe der Brit allein das Ruder über-

nimmt. Cryan hatte zu seinem Amtsantritt verkündet, es gehe darum, „eine bessere Deutsche Bank zu schaffen“. Zahlreiche Skandale hatten den Ruf der Bank beschädigt, dazu gehören Zinsmanipulationen und fragwürdige Hypothekengeschäfte. Das Institut hat riesige Altlasten.

Leitgedanke des Aufsichtsrats beim Umbau ist es nach Konzernangaben, die Komplexität im Management zu verringern und damit den Kundenbedürfnissen sowie den Anforderungen der Aufsichtsbehörden besser gerecht zu werden.

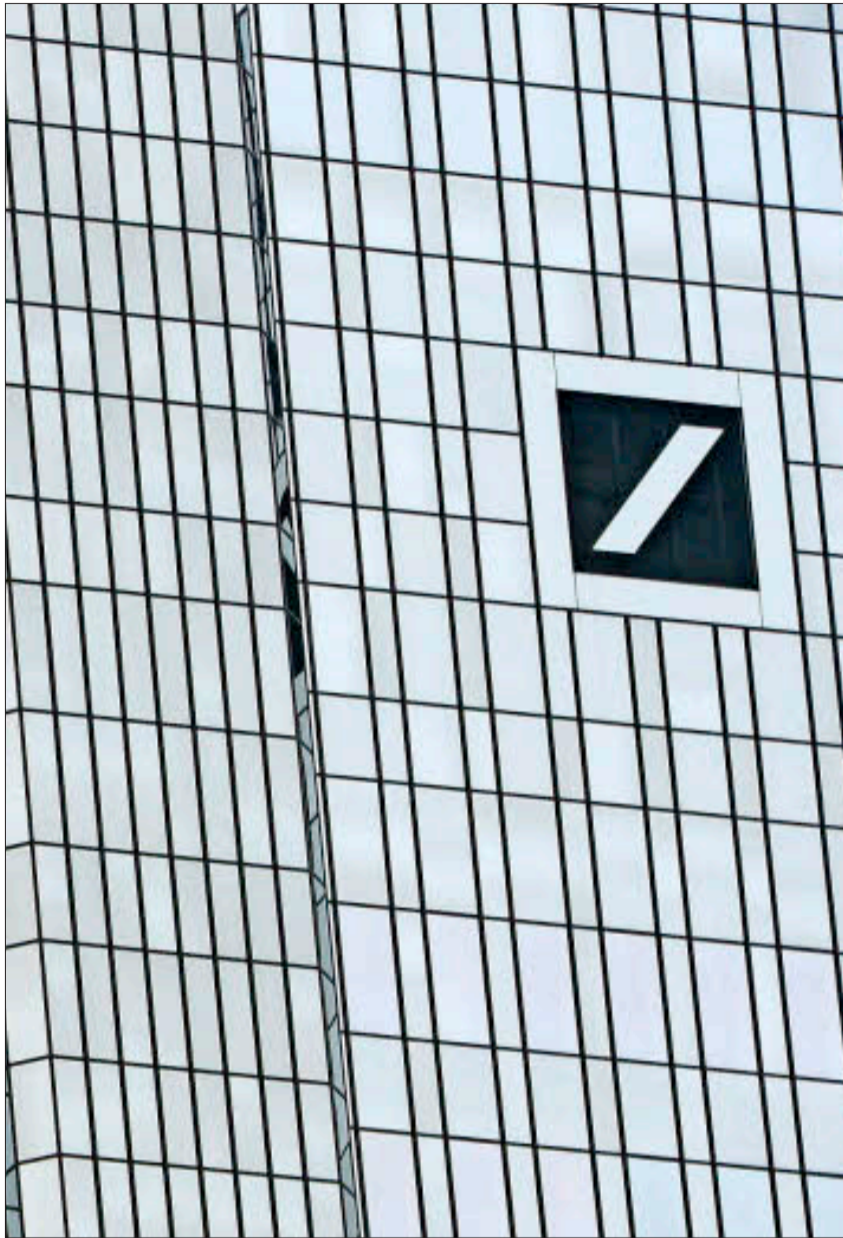
Im Mittelpunkt des Umbaus steht das Investmentbanking, das aufgespalten wird. Der bisherige Unternehmensbereich Corporate Banking & Securities wird demnach in zwei Bereiche aufgeteilt. Weitere Veränderungen betreffen etwa die Vermögensverwaltung.

Durch den Konzernumbau kommt es zu weitreichenden Veränderungen in der Führungsstruktur. Der erweiterte Vorstand, das Group Executive Committee, werde ebenso aufgelöst wie zehn der derzeit 16 Vorstands Ausschüsse, hieß es.

Personalvorstand Stephan Leithner verlässt die Bank. Der Co-Chef des Investmentbankings, Colin Fan, legt sein Amt nieder – wie auch das langjährige Vorstandsmitglied Stefan Krause, bislang zuständig für die Abwicklungssparte und internationalen Zahlungsverkehr. Auch der Chef der Vermögensverwaltung, Michele Faissola, geht. Der bisher für Digitales zuständige Henry Ritchotte verlässt den Vorstand zum Jahresende und soll für die Deutsche Bank eine neue Digitalbank aufbauen.

Daneben gibt es zahlreiche weitere Personalrochaden im Topmanagement. Neues Vorstandsmitglied zum 1. Januar 2016 wird Jeff Urwin, bislang mit Fan Co-Chef im Investmentbanking. Neuer Personalchef wird der Manager Karl von Rohr, der künftig auch den Rechtsbereich betreut. Cryan selbst übernimmt die Verantwortung für die Restrukturierungseinheit der Bank.

Bereits im April hatte die Deutsche Bank einen neuen Kurs angekündigt. Da-



John Cryan will bei der Deutschen Bank aufräumen.

FOTO: DPA

zu gehört, die Bank mit einem harten Sparkurs wieder profitabler zu machen. Von der Postbank will sich der Konzern trennen und zudem etliche Filialen in seinem Heimatmarkt schließen. Das Kapitalmarktgeschäft soll eingedampft, die Kundennähe ausgebaut werden.

Cryan will am 29. Oktober Einzelheiten zur neuen Konzernstrategie vorstellen. Bei der Deutschen Bank droht auch ein massiver Stellenabbau. Über die beschlossene Trennung von der Postbank mit ihren 15 000 Mitarbeitern hinaus könnten dem Sparkurs bis zu 10 000 weitere Jobs zum Opfer fallen.

Erst vor kurzem hatte die Deutsche Bank angekündigt, sie erwarte für das dritte Quartal einen Rekordverlust von

6,2 Milliarden Euro. Hauptgrund sind gigantische Abschreibungen vor allem auf den Wert der Tochter Postbank sowie das nicht mehr so lukrative Investmentbanking. Dazu kamen weitere hohe Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten.

Cryans harter Aufräumkurs gilt auch als schonungslose Abrechnung mit seinen Vorgängern. Sie hatten seit Ende der 1990er Jahre das Heil des Konzerns im Investmentbanking gesucht. Es ließ die Gewinne der Deutschen Bank bis zur Finanzkrise in ungeahnte Höhen schießen. Doch die Erfolgsgeschichte basierte auch auf ziemlich unsauberen Geschäftspraktiken – wie etwa die Milliardenstrafen im Libor-Skandal um manipulierte Zinssätze belegen.

KURZ GEMELDET

LED-LEUCHTEN Bedenklich für Umwelt

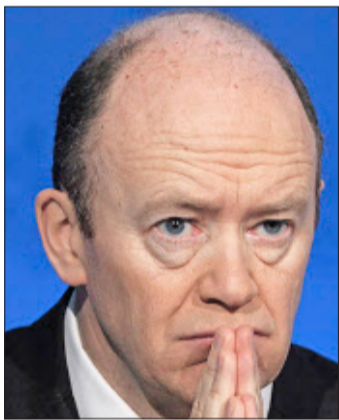
Die Deutsche Umwelthilfe hält die neuen LED-Leuchten mit fest verbauten Lampen trotz des geringen Energieverbrauchs für bedenklich. Grund ist, dass sich die Leuchtmittel nicht austauschen lassen. „Das ist eine schwierige Sache: Wenn die Lampe kaputt ist, kommt die ganze Leuchte auf den Müll. Da ist die Umweltbilanz getrübt“, sagte der Kreislaufwirtschaftsexperte der Organisation Philipp Sommer. **dpa**

AIR FRANCE 1000 Jobs fallen weg

Im Zuge eines Sparplans bei der französischen Fluggesellschaft Air France sollen 2016 zunächst knapp tausend Stellen abgebaut werden. Die Kürzungen sollen über freiwillige Abgänge realisiert werden, sagte der Chef der Fluggesellschaft Air France-KLM, Alexandre de Juniac. Der Rest der 2900 Stellenstreichungen könne abgewendet werden, wenn es eine Einigung mit den Gewerkschaften gebe. **dpa**

IG METALL Gegen Dumpinglöhne

Flüchtlinge dürfen nach Ansicht der IG Metall nicht zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Es habe bereits Vorstöße seitens der Arbeitgeber gegeben, Flüchtlinge mit geringen Qualifikationen unter Tarif zu bezahlen, sagte der Erste Vorsitzende Detlef Wetzel am Sonntag zur Eröffnung des einwöchigen Gewerkschaftstages seiner Organisation in Frankfurt. **dpa**



John Cryan

FOTO: AFP

MENSCHEN

Wechsel zur KfW

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Jörg Asmussen, wechselt nach einem Spiegel-Bericht zur staatlichen Förderbank KfW. Darauf hätten sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verständigt. Grund für den Wechsel seien anhaltende Unstimmigkeiten Asmussens mit Arbeitsministerin Nahles (SPD). **dpa**

Zumindest eine Selbstverpflichtung haben sich viele abgerungen

Von 194 Ländern gibt es mittlerweile Pläne, wie sie den klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoß verringern wollen / Sind die Lasten dabei fair verteilt?

Von Christian Mihatsch

FREIBURG. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur gewonnen werden, wenn alle Länder dazu beitragen. Doch wer leistet einen fairen Beitrag und wer ist Trittbrettfahrer? Bislang ist diese Frage nicht abschließend geklärt.

Im Dezember soll in Paris ein neuer Weltklimavertrag ausgehandelt werden. Dessen Grundstruktur ist bereits bekannt. Alle fünf Jahre stellen die Länder einen Klimaplan auf, der zeigt, wie stark

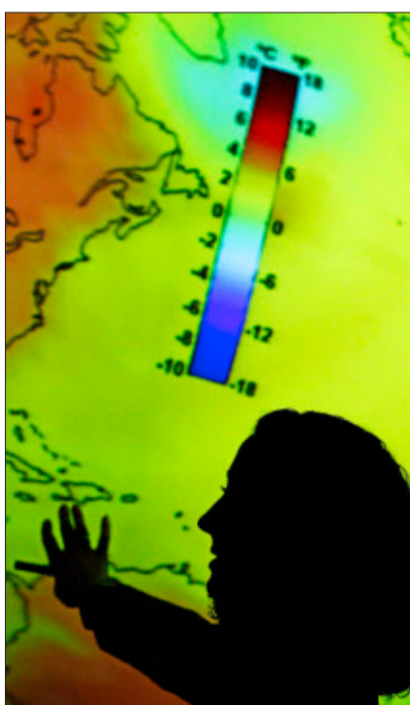
getan, die zusammen für knapp 90 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind. Zum Vergleich: Derzeit verpflichtet das Kyoto-Protokoll 35 Länder zu Emissionsreduktionen, die für 14 Prozent der globalen Emissionen verantwortlich sind.

Für EU-Klimakommissar Miguel Arias Canete sind die Selbstverpflichtungen daher bereits ein erster Erfolg: „Das ist eine riesige Veränderung – vom Handeln der wenigen zum Handeln von allen.“ Dank der Selbstverpflichtungen wird die Klimaerwärmung im Jahr 2100 schätzungsweise ein Grad geringer ausfallen. Der Climate Action Tracker verschiedener Forschungsinstitute erwartet nun eine Erwärmung um 2,7 statt 3,6 Grad.

Betrachtet man die einzelnen Selbstverpflichtungen, stößt man auf eine Vielzahl unterschiedlicher Berechnungsmethoden: Die EU will bis 2030 ihre Emissionen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Die USA wollen bis 2025 ihre Emissionen um 26 bis 28 Prozent im Vergleich zu 2005 verringern. China verspricht, dass die Emissionen spätestens im Jahr 2030 ihren Höhepunkt überschritten haben und Indien hat kein globales Emissionsziel.

sie ihre Emissionen senken wollen. Diese Selbstverpflichtungen sind freiwillig und unverbindlich. Das Gegenstück dazu ist das rechtlich verbindliche Paris-Abkommen. Dieses beinhaltet Transparenz- und Kontrollmechanismen, die dafür sorgen sollen, dass die Klimaerwärmung auf zwei Grad begrenzt werden kann.

Im Vorfeld von Paris sollten die Länder ihre ersten Selbstverpflichtungen vorlegen. Dies haben mittlerweile 149 Länder



Die Erderwärmung geht mit großen Risiken einher.

FOTO: DPA

Rest der Welt muss seine Emissionen auf null drücken, wenn diese vier Länder ihre Emissionen nicht stärker senken, wie der Klimawissenschaftler Glen Peters ausgerechnet hat. Ausreichende Klimapläne haben nur drei Länder vorgelegt: Costa Rica, Äthiopien und Marokko; und mit dem Titel Rollenmodell kann sich gar nur

ein Land schmücken: Bhutan. Der Climate Action Tracker benutzt für diese Bewertung die historischen Emissionen eines Landes, seine Fähigkeit die Emissionen zu senken und Fairness im Vergleich zu den Anstrengungen anderer Länder.

Einen anderen Ansatz benutzt die Unternehmensberatung PWC. Diese hat berechnet, um wie viel die Kohlendioxid (CO₂)-Intensität der Weltwirtschaft verbessert werden muss, damit das Zwei-Grad-Ziel erreicht wird. Die CO₂-Intensität drückt aus, wie viel CO₂ notwendig ist, um Güter und Dienstleistungen in einer Wirtschaft zu produzieren. Ausgangspunkt der PWC-Analyse ist das noch verbliebene CO₂-Budget von 1000 Milliarden Tonnen und das erwartete Wachstum der Weltwirtschaft. Um das Budget nicht zu sprengen, müssen die Emissionen pro eine Million Dollar Wirtschaftsleistung jedes Jahr um 6,3 Prozent sinken. Vergangenes Jahr hat die Welt 306 Tonnen CO₂ pro eine Million-Dollar Wirtschaftsleistung emittiert. Bis zum Jahr 2030 muss dieser Wert um knapp zwei Drittel sinken. Die vorliegenden Selbstverpflichtungen sind dazu ein erster Schritt: Seit 2000 ist die CO₂-Intensität der Weltwirtschaft jedes Jahr um 1,3 Prozent gefallen. Mit den neuen Klimaplänen verdoppelt sich diese Rate auf rund drei Prozent.

Mit der PWC-Methodik lassen sich auch die Klimapläne der einzelnen Länder vergleichen. Am ehrgeizigsten ist hier

Südafrika. Das Land strebt eine Reduktion der CO₂-Intensität seiner Wirtschaft um 4,5 Prozent pro Jahr an. Schlusslicht der untersuchten Länder ist Russland. Dort soll die CO₂-Intensität um nur 0,6 Prozent pro Jahr verbessert werden. Die EU ist Dritttletzter: Diese strebt eine Reduktion von jährlich 2,1 Prozent pro BIP-Dollar an. Kein Land der Welt hat allerdings bislang seine CO₂-Intensität über einen längeren Zeitraum um mehr als sechs Prozent pro Jahr verbessert.

INFO

KLIMAKONFERENZ IN BONN

Mitte Dezember soll in Paris ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet werden. Bislang lag nur eine 80-seitige Ideensammlung vor, die aus EU-Sicht zum Verhandeln nicht geeignet war. Dies hat sich geändert: Zuletzt präsentierten die Co-Vorsitzenden der Klimaverhandlungen einen Vertragsentwurf mit nur noch 20 Seiten. „Das ist ein guter Vorschlag als Ausgangsbasis“, sagt Franz Perrez, Leiter der Schweizer Delegation bei den Verhandlungen. „Das Wichtigste ist, dass alle Länder den Vorschlag als Gesprächsbasis akzeptieren.“ Ob dies der Fall sein wird, zeigt sich von heute an in Bonn. Dort beginnt die letzte Vorbereitungskonferenz vor Paris. **mih**